

Gestalt als Präsident des Waldbesitzerverbandes diesen Erlaß und diese Kontinuität als Ökodiktatur gebrandmarkt hat.

(Möller (Marburg) (CDU): Er hat etwas anderes gesagt!)

- Nein. Genau das hat er gesagt. Wir haben darüber einen Briefwechsel geführt. Ich weiß ganz genau, was er gesagt hat. Er hat es mir ja schriftlich gegeben. Insofern brauchen Sie ihn nicht in Schutz zu nehmen, sondern Sie sollten, da Sie einen besseren Draht zu diesem Fürsten haben als ich, auf ihn einwirken und ihn zu einem Überdenken seiner Position bringen, weil wir nämlich an dem Punkt, wo wir schon einmal eine Übereinstimmung haben, die gemeinsamen Kräfte bündeln sollten, also alle die Überzeugen sollten, die sich noch nicht mit uns in Übereinstimmung befinden.

Meine Damen und Herren, wir haben also Ihre Fragen beantwortet. In der Antwort ist auch darauf eingegangen worden, daß die Verkehrspolitik geändert werden muß. Ich habe auch da keinen Widerspruch gesehen. Wir haben in großem Umfang Übereinstimmung. Dafür darf ich mich bedanken. Ich hoffe, daß das auch bei anderen Themen, die wir anzuschneiden haben, gelegentlich der Fall sein wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Möller (Gießen):

Meine Damen, meine Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache und stelle fest, daß die Große Anfrage zu der Schadenssituation in hessischen Wäldern besprochen ist.

Ich rufe nunmehr **Punkt 11** auf:

Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN betreffend Erhöhung der Einkommensgrenze nach § 2 Abs. 2 Bundeskindergeldgesetz (BKGG) - Drucks. 13/1676 -

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, daß dieser Antrag ohne Aussprache dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit überwiesen werden soll. - Niemand widerspricht, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** auf:

Antrag der Abg. Degen, Prof. Dr. Hamer, Dr. Burggraf, Lenz, Möller (Gießen), Rothhoff (CDU) und Fraktion betreffend Studentenschaften an den hessischen Hochschulen - Drucks. 13/1696 -

Dieser Punkt soll in der nächsten Plenarsitzung behandelt werden. - Ich stelle fest, daß niemand widerspricht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Abg. Schoppe, Kartmann, Breitwieser, Greiff, Korn, Velte, Dr. Wagner (Lahntal), Weiß, Lenz, Rippert, Lewandowski, Rothhoff (CDU) und Fraktion betreffend Sicherung des Lehrernachwuchses an beruflichen Schulen in Hessen - Drucks. 13/1735 -

Das Wort hat Herr Kollege Schoppe für die CDU-Fraktion.

Schoppe (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Kollege Kahl vor kurzem im Zusammenhang mit der Frage der Attraktivität beruflicher Bildung feststellte, daß auch bei der Berufswahl die Gesetze der Marktwirtschaft gelten würden und daß deshalb mit

besserer Bezahlung und besseren Aufstiegsmöglichkeiten die Attraktivität bestimmter Berufe gesteigert werden könnte, dann kann man eigentlich nur zustimmen.

Doch diese Feststellung gilt nicht nur für die Berufsausbildung in der Wirtschaft, sondern sie gilt auch für die Ausbildung der Ausbilder, also unserer Studienreferendare. Aufgrund geringer Einstellungsmöglichkeiten und anderer Faktoren hat sich von 1980 bis 1990 die Zahl der Referendare an beruflichen Schulen beispielsweise auf 23 Prozent verringert. Innerhalb des Lehramtes an beruflichen Schulen war die Entwicklung allerdings nicht einheitlich. In den meisten Berufsfeldern, und zwar von zwölf Berufsfeldern, die wir insgesamt haben, standen nach Aussage des Kultusministers ausreichend Bewerber zur Verfügung. Das heißt aber gleichzeitig, daß in etwa vier oder fünf Berufsfeldern nicht ausreichend Bewerber zur Verfügung stehen.

Die jüngsten Erhebungen, die wir haben, machen allerdings deutlich, daß die Zahl derjenigen, die sich für ein Lehramtsstudium an unseren Hochschulen interessieren, wieder im Steigen begriffen ist. Der Ersatzbedarf an unseren Berufsschulen liegt zur Zeit jährlich bei etwa 100 bis 120 Lehrkräften.

Wenn man die Erfahrungswerte der Vergangenheit zugrunde legt, dann werden allein in drei Bereichen, nämlich im Bereich Metall, Elektro und Wirtschaft und Verwaltung, rund 50 Wirtschaftspädagogen und jeweils 15 Lehrer für das Berufsfeld Metall und Elektro benötigt.

Doch wie sieht die Realität in Hessen aus? Für 1990 wurden 32 zukünftige Lehrerinnen beziehungsweise Lehrer für berufliche Schulen in den Schuldienst aufgenommen. Kein Lehrer für das wichtige Berufsfeld Metall! Nur zwei Lehrer für Elektrotechnik! Ganze zehn Lehrerinnen und Lehrer für Wirtschaft und Verwaltung! Mit Mühe hat man sechs Lehrkräfte für den Bauberuf gewonnen. Für Maler und Lackierer war überhaupt kein Angebot zu finden.

Nach dem Bericht des Kultusministers an den Kulturpolitischen Ausschuß müßten allein in diesem Jahr rund acht Studenten aus dem Bereich der Metalltechnik, fünf Studenten der Elektrotechnik und 16 Wirtschaftspädagogen für ein Referendariat zur Verfügung stehen. Der Bedarf beträgt allerdings das Doppelte bis das Dreifache. Der Mangel an Bewerbern wird aber nicht nur zu Beginn des Referendariats, sondern auch nach Beendigung des Referendariats bei uns sichtbar.

So sind im letzten Schuljahr bei uns 172 Lehrer an beruflichen Schulen aus dem Schuldienst ausgeschieden, aber nur 134 neu eingestellt worden. Unter den 134 befanden sich nur vier Lehrer für das Berufsfeld Metalltechnik und sieben für den Bereich der Elektrotechnik.

Auf der einen Seite ist es der Stellenabbau in den beruflichen Schulen, den wir zu beklagen haben, und auf der anderen Seite ist es ein Mangel an geeigneten Bewerbern, der dazu führt, daß in unseren beruflichen Schulen immerhin wöchentlich rund 13.000 Stunden Unterricht ausfallen. Das sind sogar 1.000 Stunden mehr als noch im letzten Schuljahr. Diese Kürzungen betreffen zwar überwiegend den allgemeinbildenden Unterricht, allerdings mittlerweile auch zu einem Viertel, Herr Kollege Weber, den berufsbezogenen Unterricht.

Das unterscheidet eben die Politik Ihrer Regierung von der Vorgängerregierung unter Walter Wallmann und

Christean Wagner, denn Christean Wagner konnte Ende 1990 noch voller Stolz feststellen, daß erstmals in der Geschichte Hessens der berufsbezogene Unterricht vollständig erteilt werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das war ein Ergebnis unserer Politik, von der wir mittlerweile, bedingt durch Ihre Politik, wieder Abstand nehmen müssen. Herr Holzapfel tut eben mehr für die Förderung der allgemeinbildenden Schulen und weniger für die beruflichen Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Nach den jüngsten Berechnungen des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen ist in den nächsten fünf Jahren ein alarmierender Mangel an Wirtschaftspädagogen zu befürchten. Es werden allein in den nächsten fünf Jahren in den alten Bundesländern rund 9.000 Lehrkräfte fehlen und in den neuen Bundesländern 5.000, zusammen also 14.000 Wirtschaftspädagogen, die einfach fehlen, um den notwendigen Bedarf abzudecken. Der Grund hierfür ist in der ausgeprägten polyvalenten Ausbildung der Lehrer und der zunehmenden Attraktivität der konkurrierenden Arbeitsmärkte zu suchen.

In allen berufspädagogischen Studiengängen betrug schon Ende der achtziger Jahre nach Feststellung der Kultusministerkonferenz die Verlustquote rund 50 Prozent. Nach den jüngsten Berechnungen dürfte sie sogar auf 60 Prozent ansteigen. Wen wundert dies eigentlich, meine Damen und Herren, wenn ein Referendar bei uns im Schulwesen weniger verdient als ein Baulehrling oder ein Gerüstbauer im letzten Lehrjahr!

Was ist zu tun, meine Damen und Herren, um den Mangel zu beheben? In unserer Regierungszeit wurden bereits bestimmte Stellen im Amtsblatt und in Fachzeitschriften ausgeschrieben, um bestimmte Bewerber überhaupt nach Hessen zu holen. Daneben haben wir zu unserer Zeit Ingenieuren der Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau den Weg ins Lehramt geöffnet. So sind zur Zeit 17 Ingenieure in dieser Ausbildung. Wenn im nächsten Wintersemester Fachhochschulabsolventen im Rahmen eines Aufbaustudienganges die Möglichkeit eröffnet werden soll, den Vorbereitungsdienst für berufliche Schulen zu beginnen, dann ist auch dies zu begrüßen.

Es ist aber, wie ich meine, auch darüber nachzudenken, ob wir bei bisher zwei starren Einstellungsterminen verbleiben können oder ob wir nicht Referendaren, die ihre Ausbildung beendet haben, unverzüglich ein Angebot in diesen Berufsfeldern, in denen Mangel herrscht, unterbreiten. In bestimmten Berufsfeldern, in denen nach wie vor nicht ausreichend Bewerber vorhanden sind, sind nach unserer Auffassung aber auch wie in anderen Bundesländern - ich nenne beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen - Anwärtersonderzuschläge zu zahlen, um die Attraktivität des Lehrerberufs und damit die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Mit dem Aufzeigen einer Perspektive für eine vorzeitige Beförderung könnte möglicherweise ebenfalls die Attraktivität dieses Lehrerberufs noch gesteigert werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns alle einig, daß die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöht werden muß. Sonst brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Zahl der Studenten weiter zu- und die Zahl der Lehrlinge weiter abnimmt. Schon seit 1990 haben wir in

der Bundesrepublik mehr Studenten als Lehrlinge, mehr Häuptlinge als Indianer, um es einmal so zu bezeichnen. Wir haben heute doppelt so viel Architekturstudenten wie Maurerlehrlinge. Ich glaube, hier sind die Notwendigkeiten auf den Kopf gestellt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Dies ist auch das Ergebnis einseitiger Förderung der Bildungswege in den allgemeinbildenden Schulen. Wir fordern deshalb die Landesregierung mit unserem Antrag auf, mit einer gezielten Maßnahme die Attraktivität des Lehrerberufs in bestimmten Mangelbereichen zu erhöhen, indem dem Unterrichtsanspruch unserer Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen wird und die Attraktivität unserer dualen beruflichen Bildung auch in Hessen erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Möller (Gießen):

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Holzapfel, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Schoppe, das ist nun schon das zweite Beispiel dafür, daß Sie innerhalb kürzester Zeit - der Regierungswechsel ist noch nicht ein Jahr her - ein Thema entdecken, das Sie vorher offensichtlich noch nicht gekannt haben. Sie haben das vor kurzem schon am Beispiel der Anrechnung der an den Berufsschulen erbrachten Leistungen im Berufsbildungsgesetz vorgeführt. Da haben Sie hier mit großer Emphase die neue Landesregierung aufgefordert, etwas zu tun, was zu tun Ihre Landesregierung ausdrücklich abgelehnt hat. Dies ist nun der zweite Fall, den wir in dieser Weise vorgeführt bekommen.

Ich will Ihnen nur vorlesen, Herr Kollege Schoppe, was mein Amtsvorgänger, Herr Dr. Wagner, vor einem Jahr zu diesem Thema gegenüber dem Hessischen Landtag erklärt hat, damit hier gar kein Versuch einer Legendenbildung entsteht. Er hat damals auf einen Berichts Antrag der Abg. Schoppe und anderer - diese Antwort müßten Sie wohl noch kennen -, auf die Frage, wie hoch der Bedarf an Lehrern an beruflichen Schulen in den nächsten Schuljahren eingeschätzt wird, jeweils unterteilt nach Berufsfeldern, und wie dieser Bedarf an Lehrern gedeckt werden kann - und wenn nein, in welchen Berufsfeldern sich Engpässe abzeichnen -, wie folgt geantwortet - ich zitiere aus der Vorlage für den Ausschuß -:

Zur Entwicklung insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß der Bedarf in der Teilzeitberufsschule einschließlich Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr von 1989/90 bis 1995/96 um rund 20 Prozent sinken, anschließend bis etwa 2003/4 relativ konstant bleiben und danach wieder leicht ansteigen wird.

Auf die Frage, wie der Bedarf abgedeckt werden kann, führt er aus:

Durch die im Dienst befindlichen Lehrer ist der Bedarf insgesamt abdeckbar. Dies ist unter anderem eine Folge der rückläufigen Schülerzahlen in einer Größenordnung, die über den derzeit zu erwartenden Abgängen liegt.

Ich freue mich, Herr Kollege Schoppe, daß Sie heute bestätigen, daß dies eine fatale Fehleinschätzung meines Amtsvorgängers war. Ich teile viel eher Ihre Einschät-